

BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT

BUDGETZAHLEN, AUSBILDUNGSQUOTEN UND DURCHSEUCHUNGSPOLITIK

Aufgezeichnet von Michael Bochmann Grob



Zum Jahresende steht im Grossen Rat traditionell die Beratung des kantonalen Budgets für das kommende Kalenderjahr im Zentrum. Dabei lassen die Zahlen aus dem Erziehungsdepartements (ED) aufhorchen. Weitere wichtige Themen der Bildungspolitik waren die kantonale Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle», Vorstösse sowie eine Petition zur schulischen Corona-Politik und eine Auslegeordnung zur Situation der beruflichen Grundbildung.

Bei der **Beratung des kantonalen Budgets** fiel das überproportionale Wachstum im ED auf. Beim Aufwand wurde eine Zunahme von 39.1 Millionen auf ein Total von 1096 Millionen Schweizer Franken budgetiert, beim Personal stieg der sogenannte Headcount-Plafond um 139 auf 3865. Diese Erhöhungen wurden über alle Parteien hinweg als gerechtfertigt und gut begründet wahrgenommen: Es handle sich unter anderem um direkte Auswirkungen der steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern, des Ausbaus der Tagesstrukturen und der verstärkten Massnahmen. Tim Cuénod (SP) und Beatrice Messerli (GAB) gaben im Namen ihrer Fraktionen der Hoffnung Ausdruck, dass mit der finanziellen Ausweitung auch ein wirkungsorientierter Mitteleinsatz und ein qualitativer Mehrwert für die betreffenden Bereiche einhergehe. Kritisch erwähnt wurden zum Beispiel die Stagnation im Bereich der sprachlichen Frühförderung sowie absehbare Engpässe bei der Raumplanung der Tagesstrukturen mit samt ihrer pädagogischen und schulorganisatorischen Auswirkungen.

Ohne Gegenstimme wurde die **kantonale Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle»**, die im Juni 2021 mit knapp über 3000 gültigen Unterschriften eingereicht wurde, dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten überwiesen. Noch kam es zu keiner inhaltlichen Diskussion des Anliegens, da es vorerst nur um die – unbestrittene – rechtliche Zulässigkeit der Initiative ging.

Intensiv debattiert wurde beim Thema **Lehrstellensituation und Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung** im Kanton Basel-Stadt 2020. Anlass war die Stellungnahme der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) zum entsprechenden Bericht des Regierungsrates. Die BKK-Präsidentin Franziska Roth (SP) betonte die erfreuliche Robustheit des Lehrstellenmarktes im Krisenjahr 2020, was auch auf die Unterstützungsmassnahmen sowie die koordinierten Anstrengungen aller Beteiligten zurückzuführen sei. Trotz grossem Bemühen habe sich aber die Übertrittsquote in die berufliche Grundbildung nur unwesentlich erhöht und bleibe im interkantonalen Vergleich sehr tief, wohingegen die Übertritte an die weiterführenden Schulen auf sehr hohem Niveau verharrten.

In den anschliessenden Voten zeigten sich die unterschiedlichen politischen Einschätzungen. So wurde die schlechte Schulqualität kritisiert und es wurden Eintrittstests zur Senkung der Gymnasialquote verlangt. Der Berufswahlentscheid sei zu früh angesetzt, was die Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt überfordere. Quotenmassnahmen würden die Schülerinnen und Schüler in diesem sensiblen Alter zusätzlich unter Druck setzen. Basel habe als Stadtkanton und urbanes Zentrum mit internationaler Ausstrahlung eine besondere Bevölkerungsstruktur. Eine beharrliche Politik der kleinen Schritte brauche es, welche die Gleichwertigkeit der Ausbildungswege und ihre spezifischen Besonderheiten konsistent kommuniziere. Eine Senkung der Gymnasialquote führe nicht automatisch zur Stärkung der Berufsbildung: Es komme dann vor allem die FMS weiter unter Druck. In seinem Abschluss-Votum betonte Departementsvorsteher Conradin Cramer, Basel dürfe die schlechten Quoten nicht einfach mit dem Verweis auf die Besonderheiten eines Stadtkantons erklären. Anzustreben sei eine höhere Berufsbildungsquote. In Basel betrage der Anteil von Jugendlichen, die mit 25 noch keine Sek-II-Ausbildung abgeschlossen haben, 15 Prozent,